

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . Ke 16.-
vierteljährlich . . . 48.-
halbjährig . . . 96.-
jährig . . . 192.-

Abstellung von Mann-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Die Vorlage über die Anrechnung der nichtversicherungspflichtigen Dienstzeit eingebracht.

Brag, 2. Juni. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Vorlage des Fürsorgeministeriums über die Anrechnung der nichtversicherungspflichtigen Dienstzeit der älteren Privatangestellten aufgelegt und in einer formalen Sitzung gleich den Ausschüssen zur Behandlung zugewiesen. Die Vorlage rechnet den Privatangestellten die bereits vor dem Inkrafttreten des Pensionsversicherungsgesetzes im Jahre 1909 zurückgelegte nichtversicherungspflichtige Dienstzeit ein- und zwar zur Hälfte. Die entsprechenden Mittel werden durch einen durch vierzig Jahre laufenden Zuschlag auf die Versicherungsprämien aufgebracht, die in der zweiten Stufe mit 2 Kö monatlich beginnen und in der höchsten Stufe 10 Kö betragen, so daß die jüngere Generation der älteren die Ausbesserung ihrer fargen Pension ermöglicht; die Prämie wird wie sonst zur Hälfte vom Unternehmer getragen. Der Vorlage ist ein ausführlicher Motivberichtericht und eine Darlegung der versicherungsmathematischen Grundlagen beigegeben.

Weiters wurde in der heutigen Sitzung noch das internationale Abkommen über die Fahrt mit Motorfahrzeugen sowie das Zusatzabkommen zum südlawischen Handelsvertrag aufgelegt.

Batikan und Quirinal.

Beruhigung des Konfliktes?

Paris, 2. Juni. Der römische Korrespondent des „Petit Parisien“ teilt aus Rom mit, daß der zwischen dem Vatikan und dem Quirinal ausgebrochene Konflikt in die diplomatische Phase eingetreten ist. Der Papst hielt, wie bereits gemeldet, gestern mit 24 Kardinalen eine Beratung ab. Auch Ministerpräsident Mussolini hat für Mittwoch die Mitglieder des faschistischen Direktoriums zu einer Beratung einberufen. Es geschieht zum zweiten Male, daß der Papst das hl. Kollegium einberuft. Zum ersten Male erfolgte die Einberufung vor Abschluß der Lateran-Abkommen, um die Mitglieder des hl. Kollegiums über die Verhandlungen mit der italienischen Regierung zu informieren. Diesmal hat der Papst das Kollegium einberufen, um sich mit den Kardinalen behufs Beseitigung der Mißverständnisse mit der italienischen Regierung, hauptsächlich über die Auslegung des Art. 43 des Konföderates, zu beraten. Der Papst fordert die volle Respektierung des Konföderates.

Der Korrespondent des „Petit Parisien“ demontiert die Gerüchte, daß der Papst das Konföderat mit Italien aufzuheben plane. Im Gegenteil sei zu erwarten, daß eine Beruhigung eintreten wird. Das faschistische Organ „Lavoro fascista“ und das Organ des hl. Stuhles, „Observatore Romano“ teilten gestern abend mit, daß sie alle Preppolemiken einstellen werden.

Um einer weiteren Verschärfung der zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung bestehenden Lage vorzubeugen, beschloß der hl. Stuhl für eine gewisse Zeit sämtliche Prozessionen nach Rom einzustellen. Mussolini verbot seinerseits die für gestern in die unmittelbare Umgebung des Vatikan einberufene Protestversammlung der Universitätsstudenten. Die Kundgebung war in voller Heimslichkeit vorbereitet worden. Die Regierung erfährt von ihr erst in den späten Nachmittagsstunden.

Bertrere der Länder bei Brüning.

Berlin, 2. Juni. Reichszkanzler Dr. Brüning empfing heute im Beisein des zuständigen Reichsministers und des Reichsbankpräsidenten in der Reichskanzlei die Staats- und Ministerpräsidenten der deutschen Länder zu eingehender Aussprache über die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Sanierungsmassnahmen. Die Aussprache diente lediglich der Orientierung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Taktik der Sozialdemokratie Deutschlands.

Referate Breitscheids und Sölmanns auf dem Leipziger Parteitag.
Die Haltung der Opposition. — Debatte.

Leipzig, 2. Juni. (Eigenbericht.) Im Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages der sozialdemokratischen Partei stand die Frage der Taktik der Partei. Im Zusammenhang damit soll der Parteitag sein Urteil fällen über das Verhalten der neun Abgeordneten bei der Abstimmung über den Behretat. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch zwei große Referate der Genossen Breitscheid und Sölmann. Breitscheid gab zuerst einen Überblick über die Entwicklung der faschistischen Bewegung, die in Italien die Macht an sich gerissen und in Deutschland unter dem Deckmantel einer „Arbeiterpartei“ das gleiche Ziel zu erreichen sucht. In Italien und in Deutschland hat die faschistische Bewegung damit begonnen, daß sie allen Schichten der Bevölkerung die ihnen zusagenden Versprechungen machte. Ihr Programm enthält hohe Nebensarten, mit denen sie in gleicher Weise Arbeiter und Unternehmer, Kleinbauern und Großgrundbesitzer, Mittelständler und Schwerindustrielle zu bannen suchen und die von jedem Anhänger noch Belieben ausgesetzt werden können. Der Sozialismus ist das Anhängsel für die reaktionären Bestrebungen des Nationalsozialismus, zugleich zeigt sich aber darin doch auch die Tatsache, daß der Sozialismus die stärkste und anziehendste Kraft in unserer Zeit darstellt. Nach der Wahl vom 14. September glaubten die Nationalsozialisten, daß die Zeit der Wachtregierung gekommen sei. Das haben die Sozialdemokraten durch ihre Taktik zu verhindern gewünscht. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die Phrasen der deutschen Faschisten auf die Jugend anziehend wirken, um so mehr ist es unsere Pflicht, die Jugend für uns zu gewinnen, für ihr Vollen größtes Verständnis zu zeigen und ihr die Wege zur Führerschaft zu bahnen. Das erreichen wir nur damit, daß wir eine klare, feste auf den Sozialismus gerichtete Politik treiben, einzig und geschlossen bleiben und unsere ganzen Kräfte an die Erreichung unserer Ziele setzen.

Klang in dem Referat von Breitscheid die Frage der politischen Haltung der sozialdemokratischen Partei seit dem 14. September nur gelegentlich an. So mußte sie Sölmann um so ausführlicher erörtern, als er den Bericht der Reichstagsfraktion erstattete. Sölmann begann damit, daß er auf die außerpolitische Geschehnisse, die das provozierende Auftreten der Stahlhelme heraufbeschworen müßte. Er hob noch einmal das Verdienst der Sozialdemokratie und des Kabinetts Hermann Müller um die Befreiung der Rheinlande hervor und würdigte durchaus die Stimmung der jüngeren Generationen, die noch zwei Menschenalter hindurch für die Sünden des laienlichen Deutschland bluten sollen. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen jeden Versuch einer Interventionspolitik gegenüber Rußland. Das Kennzeichen der letzten Jahre sei die schwere Wirtschaftskrise gewesen und in Verbindung damit die schwere politische Dauerkrise. Und wenn die Sozialdemokratie auch in dieser Zeit keine besonderen sozialpolitischen

Eroberungen machen könne, so sei es doch schon ein großer Erfolg, daß sie im allgemeinen die sozialen Rechte des arbeitenden Volkes erhalten habe. Man hat gesagt, daß die Sozialdemokratie den Boden des Klassenkampfes verlassen habe. Unter dem fürwärtigen Beifall des ganzen Parteitages fragte nun Sölmann: „Wenn bis in die kleinsten Gemeinden die Vertreter der Sozialdemokratie um jede Mark für ihre Klassengenossen kämpfen, ist das nicht besserer Klassenkampf, als die Leute ihn verstehen, die lange theoretische Artikel darüber schreiben? In einem Worte ist von dem „Ausbeuterstaat der Republik“ gesprochen worden. Hat man dort eine Vorstellung, wie es in einem faschistischen Ausbeuterstaat aussehe?“ Sölmann fordert, daß wir nicht nur immer wieder hervorheben, was uns an der deutschen Republik nicht gefällt, sondern, daß wir auch die große sozialpolitische Leistung Deutschlands anerkennen und den Anteil, den die Sozialdemokratie daran hat. Die Fraktion wisse, daß die Isolierungspolitik unsere Agitation nicht erleichtert hat. Aber um so dankbarer sei sie dafür, daß sie auf so viel Verständnis in der Partei gestoßen sei. Wenn man auch das Verhalten der neun Abgeordneten von ihrem Standpunkt aus begreifen könne, so müsse es in der Wirkung doch als eine bewußte provokatorische Aktion gegen die Tradition der Disziplin in der Partei bezeichnet werden. Vom Parteitag muß erwartet werden, daß er diesen Schritt verurteile und zugleich die Voraussetzung dafür schaffe, daß die Fraktion als geschlossene Fraktion dem Gegner gegenübertritt. In der Republik leisten wir wertvolle Gegenwartsarbeit, aber unser Willen muß auf Verwirklichung des Sozialismus gerichtet sein, den wir nur unter den Fahnen einer einzigen großen Sozialdemokratie erobern können.

Haben diese beiden Referate die begeisterte Zustimmung der gewaltigen Mehrheit des Parteitages, so wurde man von dem Auftreten der sogenannten Opposition ein wenig enttäuscht. Sölmann, der mit verlängerter Redezeit sprach, stellte fest, daß der Monopolkapitalismus nicht mehr daran glaube, mit Hilfe der Demokratie an sein Ziel zu kommen und daß er sich daher mit dem Nationalsozialismus verbände. Er zog aus dieser Erkenntnis aber nicht die vom Parteitag erwartete Schlussfolgerung, daß die Arbeiterklasse um so mehr verpflichtet sei, die Demokratie zu verteidigen. Auch auf die von ihm selbst gestellte Frage, welchen Weg die Sozialdemokratie jetzt gehen solle, fand er keine Antwort. Er begnügte sich mit der Forderung, daß die Sozialdemokratie die Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning aufgeben und daß ihr die Bewegungsfreiheit wieder gegeben werden sollte.

Die weiteren Diskussionen wurden abwechselnd von Anhängern und Gegnern der politischen Linie der Partei bestritten. Die Aussprache wird am Mittwoch fortgesetzt.

Die Tagung der Kohlenkommission. Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau zur Debatte.

Genf, 2. Juni. Die Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz hat heute ihre Beratungen über die Dauer der Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken und über die Frage der wirtschaftlichen Ueberstunden abgeschlossen. Der Kohlenausschuß hat gestern beschlossen, für die Arbeitszeit im Kohlenbergbau unterlage die Siebenzeidvierel-Stunden-Schicht vorzuschlagen. Heute hat der Ausschuß entsprechend einem deutsch-englischen Antrag weiter beschlossen, daß drei Jahre nach dem Inkrafttreten der Konvention über die weitere Verkürzung der Arbeitszeit nochmals verhandelt werden soll. Sodann ist der Ausschuß in der Frage der Ueberstunden, die im vorigen Jahre zum Scheitern der Konvention führte, zu einer Entscheidung gekommen, und zwar derart, daß die Behörden den

Unternehmern aus wirtschaftlichen Gründen 60 Ueberstunden im Jahre zur Verfügung stellen können.

Der Ausschuß wandte sich sodann der Arbeitszeit in den Braunkohlenbergwerken zu. Zunächst gab der deutsche Regierungvertreter eine Erklärung ab, in der er die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf die besondere Lage des deutschen Braunkohlenbergbaues lenkte. Die von dem Internationalen Arbeitsamt vorgeschlagene Regelung sei in der vorliegenden Form für die deutsche Regierung unannehmbar. Der deutsche Regierungvertreter begründete sodann einige Änderungsanträge, die im wesentlichen darauf abzielen, die Zahl der Ueberstunden im Braunkohlenbergbau von 100 auf 150 und im Braunkohlenabbau von 150 auf 250 zu erhöhen. Wenn diesen Anträgen stattgegeben wird, so ist die deutsche Regierung bereit, im Braunkohlenbergbau einer Arbeitszeit von 7½ Stunden zuzustimmen.

50 Jahre „Volksfreund“. Die Parteipresse grüßt ihren Pionier!

Die große und schöne Jubiläumsnummer des „Volksfreund“ vom Sonntag war Ausdruck des Stolzes, der Freude und der Treue der Brüner Arbeiterpartei anlässlich des 50jährigen Gründungstages unseres ältesten Parteiblattes. Aber der Anlaß ist es wohl wert, heute, am datumsgemäß eigentlichen Geburtstag des „Volksfreund“, noch mehr die Bedeutung dieses Jubiläums würdigen und vor allem auch den Brüner Genossen und dem „Volksfreund“ die Glückwünsche der übrigen, zum Teil um Jahrzehnte jüngeren Parteipresse zu vermitteln.

Der 50. Geburtstag eines Arbeiterblattes — das ist ein ganz seltenes Jubiläum nicht nur in unserem Lande, sondern in der gesamten Arbeiterbewegung deutscher Zunge und sogar internationalen Maßstabes. Alle die großen Blätter, die heute die sozialdemokratische Presse Europas repräsentieren, sind bei weitem jünger als der „Volksfreund“. Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte einen Vorgänger, die „Wahrheit“, der zugleich mit unserem Brüner Blatt ins Leben trat, aber der „Wahrheit“ waren nur vier Jahre Lebensdauer beschieden. So schwierig waren damals die Verhältnisse der Arbeiterbewegung, so zerrissen und schwach war sie, daß in der Millionenstadt Wien kein sozialistisches Blatt gedeihen konnte. Brünn hielt sich und Brünn hat seinen „Volksfreund“ durch die Jahre der Tschechischen Verfolgungen und der innerparteilichen Zwistigkeiten, über alle Krisen und Stürme auch der späteren Jahre gesteuert. Auch die „Gleichheit“, die der Wahrheit folgte, blieb nicht bestehen, aus ihr erst in die „Arbeiter-Zeitung“ hervorgegangen, ein beträchtlich jüngeres Geschwister unseres „Volksfreund“. Als er zuerst erschien und die Tatsache des Sozialismus in die industriereichen Gänge Rußlands hinarbeitete, vor allem in Brünn selbst ein Bollwerk des Einheitsgedankens und des Klassenkampfes Sozialismus, da existierten die großen Blätter der reichsdeutschen Sozialdemokratie noch nicht, die zum gut Teil erst nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes gegründet wurden und jetzt in ihrem 40. oder 41. Jahrgang stehen. Als er geschaffen wurde, gab es weder in Paris, noch in Brüssel, weder in England noch in Skandinavien eines der großen Blätter, auf die wir heute mit Stolz blicken. Die bescheidenen Blätter, die seine Zeitgenossen waren, hat er alle um Jahrzehnte überlebt. Er ragt in unsere Zeit als ein stolzer Zeuge des heroischen Zeitalters der Arbeiterbewegung, da eine kleine Schar von Aposteln es mit Tod und Teufel aufnahm. Die Sozialdemokratie ist ja nicht gewachsen und geworden wie etwa die Konjunkturbewegung des Nationalsozialismus; nicht über Nacht und durch Zulauf gedankenloser Massen, sondern in jahrzehntelanger Pionierarbeit ist sie geschaffen worden von einer kleinen, aber überzeugten, begeisterten, sich aufopfernden Auslese. Zu ihr haben die Männer gehört, die den „Volksfreund“ geschaffen und dann betreut haben, solche Pionierarbeit war es, die der „Volksfreund“ geleistet hat, als der Sozialismus noch als Verbrechen, Wahnsinn oder Sektierertum galt und als das Beglücken, der Weltmacht der bürgerlichen Presse mit der Waffe der Arbeiterpresse zu begegnen, geradezu tollkühn war.

Die wenigsten der heute lebenden und wirkenden Genossen werden sich ein völlig deutliches Bild der Zustände machen können, die vor 50 Jahren in Österreich herrschten, der Verhältnisse, unter denen die Brüner Genossen das Blatt geschaffen haben, das sie nun nach einem halben Jahrhundert als den lebendigen Beweis ihrer treuen und unermüdeten Arbeit voll Stolz der ganzen Partei im Glanze einer einzigartigen Jubiläumsnummer präsentieren können. Vielleicht sagt uns die illustrierte Seite des „Volksfreund“,

